

## **Bündnis für moderne Mobilität – Gemeinsame Erklärung für die Presse**

Im Rahmen der vier Lenkungskreissitzungen des Bündnisses für moderne Mobilität im Jahr 2020 wurden insbesondere die Themen „Vision Zero“, „Parken“, „Geschwindigkeit“, „Radverkehr“, „Digitale Vernetzung“ sowie „Ausbau von Ladeinfrastruktur für alternative Antriebe“ bearbeitet.

### **Thema: Vision Zero**

- Unter dem Dach der gemeinsamen Strategie für die Verkehrssicherheitsarbeit in Deutschland 2021-2030 („Pakt für Verkehrssicherheit“) und dem Leitbild „Sichere Mobilität – jeder trägt Verantwortung, alle machen mit“ sollen alle Akteure der Verkehrssicherheitsarbeit ihre Anstrengungen für ein gemeinsames Ziel bündeln. (Beschluss VMK Oktober 2020)
- Im Bündnis wird ein gemeinsamer Schulterschluss von Bund, Ländern und Kommunen vollzogen: Die kommunalen Spitzenverbände bekennen sich ebenfalls zum „Pakt für Verkehrssicherheit“.

### **Thema: Radverkehr**

- Mit den zusätzlichen Förderprogrammen für den Radverkehr im Sonderprogramm „Stadt und Land“ (Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder für Investitionen in den Radverkehr) werden die Voraussetzungen eine flächendeckende Radverkehrsinfrastruktur deutlich verbessert.
- Aufgrund des Ausbaubedarfs, des Investitionsrückstands und des kurzen Förderzeitraumes ist frühzeitig eine finanzielle Perspektive für weitere Investitionen in die Radinfrastruktur nach 2023 zu schaffen.
- Förderbedingungen für Radschnellwege und Radwege sind stärker auf die jeweiligen Bedarfe auszudifferenzieren.
- Zwischen Bund, Ländern und Kommunen muss ein zeitnahe koordinierender Austausch zur Fortführung und Weiterentwicklung von Fahrradakademie/Fahrradportal stattfinden.
- Die Sicherheit des Radverkehrs muss auch im Mischverkehr auf Straßen ohne gesondert geführte Radverkehrsanlagen weiter verbessert werden.
- Zu prüfen sind Verbesserungen des Rechtsrahmens für umweltfreundliche Verkehrsarten, insbesondere den Fuß- und Radverkehr (innerhalb oder außerhalb von StVG/StVO).

### **Thema: Geschwindigkeit**

- Es soll geprüft werden, ob neben der Verkehrssicherheit auch die Ziele Klima- und Umweltschutz, Gesundheitsschutz und Verbesserung der Lebensqualität im Rechtsrahmen besser Berücksichtigung finden können.
- Beim Thema Anordnung von Geschwindigkeitsbegrenzungen befindet sich das Bündnis weiterhin in der Diskussion.

## **Thema: Parken**

- Eines der ersten Ergebnisse des Bündnisses ist die Ergänzung des § 6a Absatz 5a StVG. Durch diese Vorschrift sind die Länder ermächtigt worden, eigene Gebührenordnungen für Bewohnerparkausweise zu erlassen und damit die zu geringe Gebühr der GebOST zu ersetzen.

Die Länder werden daher adressiert, die Ermächtigung an die Kommunen zu delegieren, wenn nicht ausdrücklich von den Kommunen eine landesweite Gebührenordnung für Bewohnerparkausweise gewünscht wird.

- In Wohnstraßen und Zentren findet der Lieferverkehr vielerorts keine Halteflächen.

Vorgeschlagen wird, die Anordnung von Zeichen 286 StVO (eingeschränktes Haltverbot) mit Zusatzzeichen 1012-30 (Ladezone) in regelmäßigen Abständen zu forcieren und, wo nötig, ein neues Zeichen „Lieferzone“ mit Zeichen 283 StVO (absolutes Haltverbot) zur Kennzeichnung von exklusiven Ladebereichen für Lieferverkehr zu ermöglichen.

Dazu kann auch ein neues Verkehrszeichen „Lieferzone“ in Analogie zum Zeichen „Taxenstand“ (Zeichen 229 StVO) in der StVO zur Kennzeichnung exklusiver Ladebereiche für den Lieferverkehr dienen, soweit dies rechtlich zulässig ist.

- Den Kommunen fehlt bislang ein wirksames Steuerungsinstrument, um das Abstellen von stationslosen Mieträdern und Miet-Elektrokleinstfahrzeugen im öffentlichen Straßenraum wirksam zu regeln.

Vorgeschlagen wird, die notwendige Steuerung des gewerblichen Abstellens der Fahrräder bzw. Kleinstfahrzeuge durch eine Ergänzung des § 29 StVO (Übermäßige Straßenbenutzung) abzubilden.

## **Thema: Ausbau Ladeinfrastruktur für alternative Antriebe**

- Personal und Fachexpertise sind beim Aufbau von Ladeinfrastruktur vor Ort essentiell. In diesem Zusammenhang wird eine eLearning Plattform als niederschwelliges Schulungsangebot für die Kommunen aufgebaut.
- Gleichzeitig wird geprüft, ob die Kommunen in Form einer Personalförderung (Elektromobilitätsmanagement) bei der Planung und Realisierung von Ladeinfrastruktur unterstützt werden können.
- Mit dem Aufbau einer Webapplikation für Liegenschaftsmeldungen werden potentielle Liegenschaften gesammelt und für Investoren sichtbar im Sinne des Ladeinfrastrukturaufbaus dargestellt. Über dieses Flächentool können Investoren und Flächeneigentümer zusammenfinden.
- Über die Nationale Leitstelle Ladeinfrastruktur wird eine Handlungsempfehlung zur Optimierung des Rechtsrahmens Elektromobilität erarbeitet.

## **Thema: Digitale Vernetzung**

- Für eine leistungsstarke Intermodalität sind Doppelstrukturen zu vermeiden, die Schaffung innovationsfördernder, einheitlicher Rahmenbedingungen und Vernetzungsinitiativen für Mobilitätsdaten zu forcieren.
- Gegenüber der VMK hat das BMVI im März 2020 darauf hingewiesen, dass es sich der Thematik der sinnvollen Nutzung von Mobilitätsdaten annimmt, um Entwicklungspotenziale innovativer und intermodaler Mobilitätsdienste zu befördern.
- Bund, Länder und Kommunen sind gefordert, gemeinsam ein attraktives Mobilitätsdatenökosystem zu gestalten.

## **Laufende Prozesse**

- Mit Initiativen zur „Vereinfachung von Förderprozessen“ und zur „digitalen Vernetzung im öffentlichen Personenverkehr“ wurden weitere Themen angestoßen.
- Im Weiteren wird auch auf das vom BMI verantwortete „Modellvorhaben zur Verbesserung der Mobilität in ländlichen Räumen zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ (MogLeb) hingewiesen. Das MogLeb passt sich in das vom BMVI begründete „Bündnis für moderne Mobilität“ sowie das „Nationale Kompetenznetzwerk für nachhaltige Mobilität“ (NaKoMo) ein und deckt dabei insbesondere den Bereich der Mobilität in den ländlichen Räumen ab.
- Das neue Dialog-Forum „Gemeinsam für einen starken ÖPNV“ ist eine Initiative des Bundes für eine aktivere Rolle bei der Überwindung der Corona-Pandemie im ÖPNV.

## **Weitere Zusammenarbeit**

- Alle Mitglieder des Bündnisses bekräftigen die Notwendigkeit, den kontinuierlichen Erfahrungsaustausch für ein abgestimmtes Handeln zwischen Bund, Ländern und Kommunen fortzusetzen und die gewonnenen Erkenntnisse zügig umzusetzen.